

Wir haben, glaube ich, auch feststellen können, daß es wehtun kann, Erinnerungen zuzuhören, und daß vor allen Dingen Erinnern wehtun kann. Immer dann, wenn soziale und politische Bezüge zu heute hergestellt worden sind, ist aber auch deutlich geworden, daß offensichtlich auch Teilen wehtut.

Wenn die zwei Tage gestern und heute mit dazu beitragen könnten, daß wir es schaffen, noch mehr Verständnis, mehr Sensibilität aufzubringen, uns in die Schuhe derer, die damals gelitten haben, zu stellen und dann noch überzeugender als bisher zu teilen, dann wäre – so glaube ich – viel erreicht.

Mancher wird vielleicht sagen: Ihr habt euch hier auf den Weg gemacht, um den Alltag in der Deutschen Demokratischen Republik zu hinterfragen, vorzustellen. – Ich glaube, daß uns das gelungen ist, wenn auch sicherlich nicht in 16 Millionen Facetten. Aber ich möchte jedem, der hier gewesen ist, noch einmal deutlich sagen: Es waren Tausende, viele Tausende, von denen in diesen zwei Tagen geredet worden ist. Und ich glaube, auch darin sind wir uns einig: Ein einziger noch wäre zuviel!

Lassen Sie mich für die Enquete-Kommission noch einmal sagen: Es wird diesen Brief geben, einen Brief an die zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages mit der dringenden Forderung um Beschleunigung und Nacharbeit. Ich gehe davon aus, daß die Enquete-Kommission unter den politischen Persönlichkeiten unseres Landes um Unterstützung werben und bitten wird. So verstehe ich auch das Hiersein der Präsidentin des Deutschen Bundestages.

Ein sehr persönlicher Satz zum Schluß. Für mich ist in den letzten beiden Tagen durch die Formulierung vieles auf den Punkt gebracht worden: Die DDR war der permanente Anschlag auf die Würde des Menschen.

Ich bitte Sie, sehr verehrte Frau Präsidentin, zu uns zu sprechen.

Bundestagspräsidentin Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth: Herr Vorsitzender! Lieber Herr Eppelmann! Mitglieder der Enquete-Kommission! Meine Damen und Herren! Wenn ich hier am Ende der Veranstaltung kurz das Wort ergreife, dann möchte ich die Motive kurz benennen.

Das erste, was mir wichtig ist, ist, denen zu danken, die diese Veranstaltung durchgeführt haben, und vor allem denjenigen, die hier gesprochen haben. Denn ich glaube – ich sage das aus der Situation meiner Person, die Vergleichbares nicht erfahren hat –, es ist wahnsinnig schwierig, das, was man erfahren hat, dann auch noch öffentlich erinnernd in Sprache umzusetzen, das, was zum Allerpersönlichsten und doch zugleich zu dem gehört, was man durch Staat, die Mitmenschen mit ihren unterschiedlichen Funktionen und auch ganz persönlich erfahren hat. Wir wissen auch aus Dokumenten nach 1945, was das dem einzelnen abverlangt.

Und dennoch: Nach dem, was ich heute morgen gelesen habe, was mir Herr Eppelmann vom gestrigen Tage berichtet hat, ist neben der großen

Anstrengung, dem Stammeln, den Tränen – von denen ich sagen muß: Gut, daß es noch die Fähigkeit zum Trauern gibt! – auch deutlich geworden, wie schwierig es ist, Alltag einzuschätzen, wie unterschiedlich er für die einzelnen war, auch wenn Sie gerade noch einmal die überwölbende Überschrift „Anschlag auf die Würde des Menschen“ genannt haben.

Es ist vom SED-System und -Regime gesprochen worden. Für mich ist ganz wichtig, daß wir etwas mitnehmen: Es genügt nicht, wenn so etwas im Grundgesetz steht – es muß gelebt und praktiziert werden.

Das zweite, das gestern und heute deutlich geworden ist, ist, wie es den Gruppen ergangen ist, die als politisch Andersdenkende eigentlich im Sinne dessen, was auch in der Verfassung der früheren DDR stand, leben wollten, denken und handeln wollten, welche Unterdrückung und welche Repression sie erfahren haben, nicht nur als Intellektuelle, als alltägliche Bürger aus den Gruppen, ob es nun Verweigerer des Wehrdienstes in den Gruppen „Frieden und Menschenrechte“ waren, ob es diejenigen waren, die wegen ihrer christlichen Überzeugung ausgegrenzt waren, die von Ausbildung, Studium und Beruf ausgegrenzt wurden. Ich denke, die Palette ist breit, und „Repression“ ist ein viel zu sanfter Ausdruck für das, was an tiefsten Verletzungen bis hin zu Zerstörungen erfolgt ist.

Ich habe nicht persönlich folgen können, möchte aber einiges sagen, was mich gegenwärtig beschwert und was offenbar auch der gestrige Tag noch einmal zum Ausdruck gebracht hat. Das ist die Aufforderung an mich und an uns: Vermeiden wir wenigstens einen Teil der Fehler, die wir nach 1945 unter ganz anderen Bedingungen begangen haben. Ich erinnere an die Auseinandersetzungen, die zunächst durch die Alliierten durchgeführt wurden. Im Rahmen meiner kurzen Ausführungen will ich darauf jetzt nicht eingehen.

Da möchte ich drei Punkte besonders herausheben. Ich weiß nicht, inwieweit das auch Gegenstand Ihres Briefes ist.

Mich bedrückt besonders nachhaltig – und hier können wir uns auch als Parlamentarier nicht zufriedengeben –, daß die Benachteiligten und Unterdrückten von gestern wiederum auch die Benachteiligten und Ausgegrenzten von heute sind. So können wir Unrecht nicht wiedergutmachen!

(Beifall)

Ich glaube, das ist das, was ich am häufigsten erfahre, nicht nur hier, sondern auch wenn ich Ihnen an anderen Orten begegne. Und ich verstehe auch diejenigen, die uns wegen des Unrechtsbereinigungsgesetzes sehr kritisch angehen. Ich glaube, wir alle wissen, daß trotz der Schwierigkeiten in unseren Finanzkassen darüber noch nicht das letzte Wort gesprochen sein kann. Ich gebe mich jedenfalls nicht damit zufrieden und weiß, daß viele Parlamentarier das auch nicht tun. Sie alle wissen, wieviel Ungereimtes